

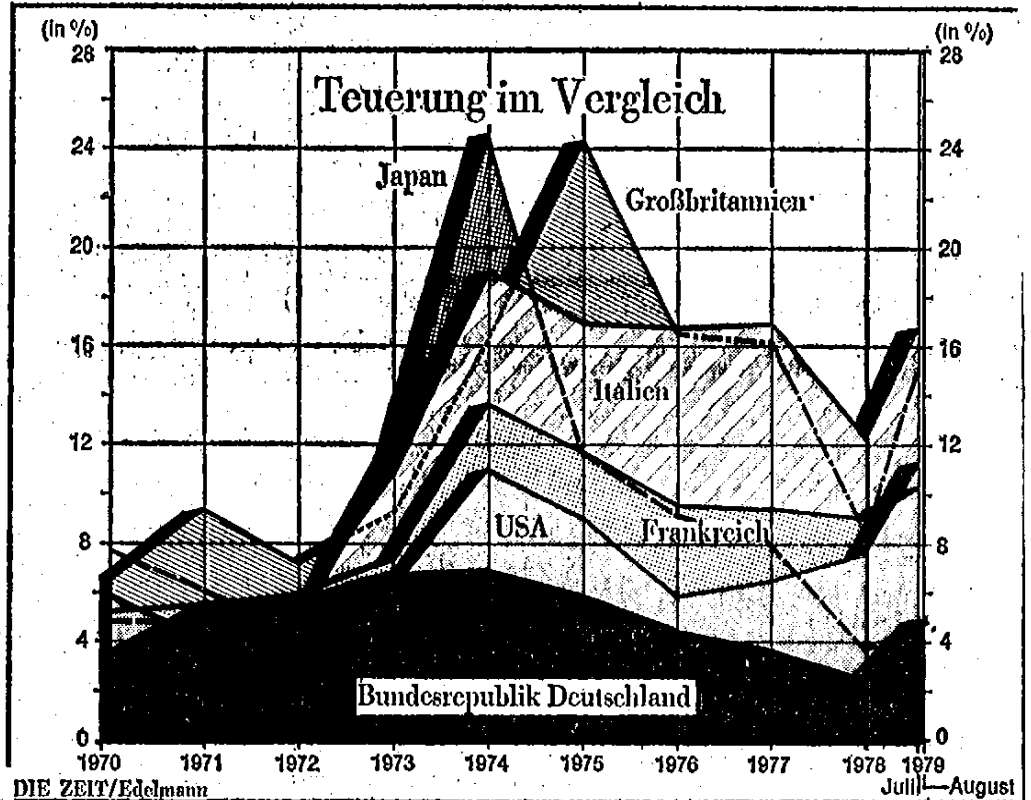
# DER ANGSTGEGNER

In einem Jahr hat sich die Inflationsrate in der Bundesrepublik verdoppelt

**Bricht der Stabilitätskurs der sozialliberalen Koalition zusammen? Ölpreis-Schock und Dollar-Schwemme heizen die weltweite Teuerung an. Seit 1975 hielten in Deutschland die Dämme — doch jetzt gerät die Mark in Gefahr: Gewerkschaften und Unternehmer, Regierung und Parteien suchen nach den**

**Schuldigen.**

**Interviews mit Eugen Loderer (IG Metall) und Friedrich Christians (Deutsche Bank) auf Seite 34. Tips für Anlagen in inflationären Zeiten und theoretische Begründungen der Inflation auf Seite 36. Wird die Inflation der „Angstgegner“ der Regierungsparteien im nächsten Wahlkampfjahr?**



DIE ZEIT/Edelmann

**S**ie ist wieder da: die ominöse „5“ vor dem Komma. Für die meisten unserer westlichen Nachbarn wäre eine Teuerungsrate von fünf Prozent ein wirtschaftspolitisches Wunder. Doch in der Bundesrepublik gerät die jüngste Inflationsnachricht zum rüden Schock. Denn: Im vorigen Herbst hatte der Preisauftrieb auf der Stabilitätsinsel Bundesrepublik nur lächerliche 2,1 Prozent betragen — die niedrigste Inflationsrate seit zehn Jahren —, in diesem Monat aber sind es ausgerechnet im ökonomischen Musterlande der Welt mehr als doppelt soviel: Mehr als fünf Prozent.

Brechen nun auch bei uns die Deiche? Immerhin — die Inflationsflut steigt weltweit: 11,3 Prozent in Amerika, 13,6 Prozent in Italien, 15,6 Prozent in England — allenthalben gerät die Stabilität ins Wanken. Allein im Monat Juli hat sich die Lebenshaltung in den westlichen Industriestaaten um 1,2 Prozent verteuert — ein Sprung, der zu Beginn der sechziger Jahre noch ein ganzes Jahr erforderte. Die sozialen und politischen Folgen sind beunruhigend.

Die klassischen Inflationsbarometer stehen auf Sturm: Die Flucht in die Sachwerte — Immobilien, Teppiche, Antiquitäten — hat längst begonnen. Nirgendwo läßt sich die Angst vor dem Geldverfall besser ablesen als an den Preistafeln der Edelmetallbörsen. Ein wahrer Goldrausch

trieb den Preis des Goldes in den letzten sechs Monaten von 270 Dollar weit über die 400-Dollar-Grenze. Nicht minder hektisch entwickelte sich die Silberhaube: von 220 Dollar im Frühjahr schmolte der Kilopreis auf 530 Dollar empor. „Inflation“, gelehrtes Thema unzähliger Dissertationen, entzog sich dem Zugriff der Stabilitätspraktiker in den Regierungen.

„Inflation“ gehört zum historischen Symbolfonds des deutschen Katastrophenbewußtseins; was den Niederländern eine Springflut, ist für uns der Geldverfall — ein fürchterliches Ereignis von bodenloser Ungerechtigkeit. Hermann Josef Abs, Alt-Bankier und Aphorismen-Dichter des deutschen Kapitals: „Es läßt sich nicht leugnen, daß die Inflation zu etwas geworden ist, was man im Sport einen Angstgegner nennt.“ Entsprechend hektisch fällt die Suche des Publikums und der Politiker nach den „Schuldigen“ aus.

Eugen Loderer zum Beispiel, Vorsitzender der IG Metall, hat ein Sünder-Register für die ZEIT aufgestellt: Schuld sind, in dieser Reihenfolge, die Ölkonzerne, das Baugewerbe und der altgediente Inflations- und Preissteigerungsdrache „Unternehmer“ (siehe Interview Seite 34).

Die Unternehmer wiederum sagen: „Die Ölrechnung muß von allen bezahlt werden“ und sie lehnen darum inflationsgerechte Lohnforderungen der nächsten Runde *a priori* ab.

Quelle

Datum

Bleibt also der Schuldige *hinter* den Schuldigen: Der geldgierige Olscheid, ein Koll-Royce fahrender Minotaurus der zeitgenössischen Wirtschaftsmythologie, der frisst, was in seine Reichweite gerät — Milliarden. Daß der mächtige Goldstrom dieser Monate vor allem gen Nahost fließt, verstärkt den Verdacht, in den Palästen neureicher Beduinen säßen die Spielverderber der Weltwirtschaft. Die Wirklichkeit, was Wunder, ist komplizierter: Im internationalen Verteilungskampf zwischen diesen Rohstoffexportländern und ihren Kunden, den Industriestaaten, hatten die Olscheids in der ersten Runde den Kürzeren gezogen: Nach dem ersten Ölpreisschock (1973/74), der die *terms of trade* der Opec-Staaten verbesserte, konnten die Industrie-

staaten dieses Austauschverhältnis zwischen Import- und Exportgüter wieder zu ihren Gunsten verbessern — da sie mit Dollar zahlen, die immer weniger wert waren. Unter dem Druck der Amerikaner setzten die Saudis sogar eine Preispolitik durch, die fünf Jahre lang zu einem realen *Verfall* der Ölpreise führte.

Doch seitdem die Mullahs die persischen Ölfelder beherrschen und das Öl darum nicht mehr so sprudelt wie zu Zeiten des Schah, fehlen dem Weltmarkt etwa 2 Millionen Barrel Öl pro Tag. Die Saudis können deshalb nicht mehr so mühelos wie früher durch Veränderungen ihrer Produktion das Ölangebot an die Nachfrage anpassen. Die Folge war die letzte Ölpreisexlosion, von der ein weltweiter Inflationsschub ausging.

Doch wie berechtigt es auch sein mag, von einer „Weltinflation“ zu sprechen, so mißtrauisch sollte man sein, wenn Regierungspolitiker diesen Begriff allzu häufig in den Mund nehmen. Denn die Sonntagsrede von der „importierten“, „aufgezwungenen“ oder „internationalen Inflation“ lenkt davon ab, daß Wirtschaftsgroßmächte wie die Bundesrepublik Deutschland und die USA sehr wohl in der Lage wären, die Weltinflation in ihrem bösen Lauf zu beeinflussen, wenn nicht zu lenken. Worauf es ankommt, ist das gemeinsame Ziel — Stabilität des Geldwertes. Dieser Konsens freilich fehlte nach den Rezessionserfahrungen der Jahre 1974/75.

Die Wirtschaftsgeschichte der letzten fünf Jahre fängt märchenhaft an: Es war einmal ein Erdnußfarmer in Georgia, der hieß Jimmy Carter. Nachdem er im Januar 1977 als Präsident der Vereinigten Staaten in das Weiße Haus einzog, stand er noch unter dem Eindruck der schweren Wirtschaftskrise, die das Land in den Wintermonaten 1974/75 heimgesucht hatte. Fast jeder zehnte amerikanische Arbeitnehmer fand sich damals ohne Beschäftigung wieder: Seitdem war die Arbeitslosigkeit auf acht Prozent zurückgefallen. Die Inflationsrate dagegen schien beruhigend niedrig: Sie war von jenseits der Zehn-Prozent-Marke zu Beginn der Rezession auf knapp über fünf Prozent gerutscht.

Die Arbeitslosigkeit wollte Carter deshalb als erstes in den Griff bekommen. Seine Regierung schaltete auf Expansion: Die Staatsausgaben wurden erhöht, später die Steuern gesenkt, die amerikanische Zentralbank, die „Federal Reserve“, drehte den Geldhahn auf. Gigantisch wachsende Defizite der amerikanischen Handelsbilanz schreckten Carters Mannschaft ebensowenig auf wie die zunehmende Schwäche des Dollars. Der damalige Finanzminister Michael Blumenthal glaubte gar, ein bißchen Dollarabwertung könne

eigentlich gar nicht schaden — und verkündete dies auch der verblüfften Öffentlichkeit.

Blumenthals wertminderndes Gerede brachte den Dollar noch heftiger ins Trudeln; wer Dollar übrig hatte, verkaufte und mit dem Verfall der amerikanischen Währungen stiegen schlagartig die Preise der Importe in den USA. Japanische und deutsche Autos kosteten mehr Dollar, italienische Schuhe und französischer Wein wurden teurer. In vielen Branchen nahm dieser Preisauftrieb den Wettbewerbsdruck von der heimischen Industrie — auch sie ging mit den Preisen nach oben. Das Inflationskarussell kam auf Touren.

Steigende Preise in den USA aber drückten wieder auf den ohnehin schon kränkelnden Dollar. Der Devisenhandel, bis dahin vor allem an der Entwicklung der Zahlungsbilanz orientiert, begann auf die monatliche Veröffentlichung des

US-Preisindex zu starren — mit jedem Ruck des Index rutschte der Dollar ab, und wieder stiegen die Importpreise. Die beschleunigte Teuerung aber schlug sofort auf die amerikanischen Tarifverhandlungen durch. Die Löhne in fast allen Branchen explodierten; zweistellige Zuwachsraten wurden zur Regel.

Der Verfall des Dollar traf auch die Opec-Staaten: Ihr Öl wurde mit immer schlechterem Geld bezahlt. Opec konterte mit der Forderung: Mehr Dollar für unser Öl. Doch durch massiven Druck auf Saudi-Arabien gelang es Washington, eine starke Vorteuerung dieses Schmierstoffs seiner Wirtschaft („America runs on oil“) zu verhindern. Also sank der reale Ölpreis in den Vereinigten Staaten, und die Amerikaner konnten mehr Geld für andere Konsumgüter ausgeben. Die Kauflust brachte die Wirtschaft in Schwung; zu der bisherigen Kosteninflation gesellte sich die Nachfrage-Inflation: Es gab mehr Geld als Güter.

## Ein wahnsinniger Boom

Diese Politik der Carter-Administration grenzte aus der Sicht konservativer Wirtschaftspolitiker und des Auslands an „Wahnsinn“; jedoch hatte der Wahnsinn Methode: Die amerikanische Wirtschaft erlebte den längsten Boom seit Ende des Weltkrieges.

Das reale Wachstum in den USA lag weit über dem Durchschnitt der anderen OECD-Länder, mehr als 10 Millionen neue Arbeitsplätze wurden geschaffen. Millionen junger amerikanischer Berufsanfänger fanden einen Job; die Arbeitslosenrate fiel auf fünf Prozent.

In der Bundesrepublik verlief die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Jahren ganz anders. Die Rezession hatte Deutschland und die anderen Industrieländer etwa ein halbes Jahr später getroffen als die USA — und mit verminderter Schärfe. Die Arbeitslosigkeit erreichte hierzulande nur die Marke von 5,1 Prozent, dennoch ein Trauma für ein Volk, in dessen Erinnerung die Arbeitslosenheere der zwanziger und dreißiger Jahre noch lebendig sind.

Der Preis für sinkende Arbeitslosenzahlen sollte jedoch nicht wieder mehr Inflation sein: Bonn kurbelte die Konjunktur nur vorsichtig an. Fast drei Jahre lang waren sich die deutschen Konjunkturlenker nicht einig, ob die Wirtschaft wieder Tritt gefaßt hatte oder nicht. Die Bundesbank, Wächterin des Geldwertes, hielt den-

E. 334603

## Quelle

noch starr an ihrem restriktiven Kurs fest. Von Zweifeln ungerührt, verhinderte sie ein zu rasches Aufblähen der Geldmenge. Die Disziplin an der Geldfront zahlte sich schließlich aus, und die Teuerungsrate ging zurück.

Aber die Bundesrepublik mußte zunächst einen harten Preis für diesen Sieg entrichten: Die für deutsche Verhältnisse ungewöhnlich hohe Arbeitslosenzahl sank nur langsam. Unter den Arbeitnehmern grassierte die Angst vor Entlassungen. Deshalb brachten diese Jahre nur mäßige Lohnerhöhungen; die Gewerkschaften wurden von ihren Mitgliedern sogar gedrängt, vordringlich die Arbeitsplätze zu sichern, anstatt höhere Lohnforderungen aufzufahren. Im Zusammenspiel von Geld- und Gewerkschaftsdisziplin wurde der Inflationsdruck noch weiter verringert.

Im Ausland hingegen, zumal in Amerika, lief die Inflation aus dem Zügel. Sie hätte die Bundesrepublik unweigerlich mitgerissen, wenn nicht die deutsche Wirtschaft, vorher „abgekoppelt“ worden wäre; Denn feste Wechselkurse, einst der weltweite Transmissionsriemen auch für Inflation, gibt es seit dem Jahr 1971 nicht mehr.

Bei festen Wechselkursen schwappt überschüssige Kaufkraft aus dem Inflationsland ungehindert über nationale Grenzen hinweg in das Stabilitätsland und treibt die Preise auch bei den Handelspartnern nach oben. Solange der Dollar noch vier Mark wert war, konnten sich die Amerikaner billig bei uns eindecken — und damit ihre Inflation in die Bundesrepublik exportieren.

Ganz anders steht das Stabilitätsland bei flexiblen Wechselkursen, welche die ausländischen Inflationsfluten an den „Grenzen“ zu brechen vermögen. Wenn zuviel Geld aus Amerika nach Deutschland strebt, steigt automatisch der Preis der Mark. Nur für Amerikaner, aber nicht für Deutsche, wird es dann teurer, in der Bundesrepublik einzukaufen; die aufgeblähte Nachfrage bleibt also draußen und kann bei uns nicht die Preise treiben.

Auch deshalb konnte die Bundesrepublik im vergangenen Herbst mit 2,1 Prozent, der niedrigsten Inflationsrate seit zehn Jahren, zum Stabilitäts-Weltmeister unter den großen Industrienationen werden.

„Stabilität ist nicht alles, aber ohne Stabilität ist alles nichts“ (Karl Schiller); das Lob im In- und Ausland blieb nicht aus: „Die westdeutsche

Wirtschaft“, schrieb soeben die Londoner *Financial Times*, „hat die internationalen Wirtschaftskrisen besser überwunden als die meisten Partner.“

Doch schon im August hatte Bundesbankpräsident Emminger vor den Stabilitätseinbrüchen gewarnt, die eine inflationäre Wahlkampfpolitik in der Bundesrepublik verursachen könnte: Und während die Parteien Steuer-senkungen und milliardenschwere Familienpolitik des teuersten Zuschnitts in die öffentliche Debatte werfen, gilt immer noch Emmingers Mahnung, „daß bei einer so guten Konjunktur wie

der gegenwärtigen die öffentliche Hand sich zurückhalten sollte“.

Emminger: Alle Vorschläge zur künftigen Haushaltspolitik müßten daran gemessen werden, „was sie zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und vor allem zur Bekämpfung der Inflationsgefahr beitragen“. Kurzum: „Wer mit der Inflation flirtet, wird von ihr geheiratet.“

Und nichts fürchten die Deutschen mehr als diese Mesalliance. Aber die Braut scheint bereits schwanger: Die deutsche Inflationsrate hat die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen. Noch im Sommer hatten Experten „höchstens vier Prozent“ vorhergesagt. Hat die Bundesrepublik nach einem halben Jahrzehnt erfolgreicher Inflationsabwehr aufgegeben?

Auf jeden Fall sind die Gegner der Stabilitäts-politiker stärker als je zuvor geworden!

## Heizölpreise verdoppelt

*Erstens:* Die deutsche Volkswirtschaft muß die seit Anfang dieses Jahres rapide angestiegenen Ölpreise verkraften. (Heizöl zum Beispiel stieg gegenüber dem Vorjahr um über 100 Prozent.) Eine Welle von Preiserhöhungen für öl-abhängige Produkte — von der Türfarbe bis zum Plastikeimer — steht außerdem noch ins Haus. Schon jetzt ist das verteuerte Öl für zwei Prozentpunkte im Preisindex verantwortlich.

*Zweitens:* Die Welt schwimmt im Geld. Da die Ölrechnungen der Produzenten in der US-Währung bezahlt werden, sind die Geldmärkte der Welt seit Jahren ständig mit Dollar überflutet: Auf dem Eurodollar-Markt „vagabundieren“ mittlerweile eine Billion Dollar, die von keinem Staat kontrolliert werden können. Auf diesem Markt können die großen, internationalen Banken schier unbegrenzte Geldmengen aufnehmen, die sie dann in die nationalen Wirtschaftskreisläufe pumpen. Die beste Stabilitätspolitik läßt sich so unterminieren.

*Drittens:* Die „Abkopplung“ vom internationalen Inflationszug funktioniert nicht mehr wie in den vergangenen fünf Jahren. „Es gibt keinen Puffer mehr über den billigen Dollarkurs“, klagt Bankier Hermann Abs. Denn die Industrieländer haben erkennen müssen, daß sie den Dollar, der immer noch das Fundament des Weltwährungssystems bildet, nicht ins Bodenlose fallen lassen können — bei Strafe einer Weltwirtschaftskrise. Mit ihren Interventionen haben die Zentralbanken der westlichen Welt den Kurssturz des Dollars gebremst: Damit wurden die Inflationsschleusen zum Teil wieder geöffnet. Mehr noch: Seit März 1979 ist die Mark im Europäischen Währungssystem (EWS) enger an die Währungen seiner europäischen Nachbarn gebunden. Dadurch schlagen etwa die höheren Inflationsraten von Italien (13,6 Prozent) und Frankreich (10,3 Prozent) stärker in der Bundesrepublik zu Buche.

Den Internationalismus der Inflation betonte kürzlich noch Italiens Ex-Regierungschef Andreotti: „So, wie die Inflation keine Grenzen kennt, so muß man ihr mit einem großen, internationalen Gegenentwurf widerstehen.“ Daß ausgerechnet die Nord-Süd-Konferenz diesen Entwurf ausbrüten könnte — wie Andreotti hofft —, zeigt nur die Ratlosigkeit im Kampf gegen die Teuerungswelle.

E 334604

Quelle

Datum

Ist die neue Inflation also nur ein „importiertes Gespenst“? Es wäre dies nicht die ganze Erklärung, leider. Beim Gerede um die von außen „aufgezwungene Inflation“ gerät leicht in Vergessenheit, daß wir den Konjunkturaufschwung und damit auch den Preisauftrieb kräftig mit hauseigenen Mitteln angeheizt haben: Ein Jahr vor den Wahlen sind über 800 000 Arbeitslose keine gute Reklame für die Bonner Regierenden. Kein Wunder, daß die Koalitionsminister termingerecht zum Wahljahr die Konjunkturzügel lockerten. Durch Steuererleichterungen und Kindergelderhöhungen lenkte das Bundesfinanzministerium allein in diesem Jahr rund zehn Milliarden Mark in die Taschen der Verbraucher. Die Bundesbank, die Hüterin des Geldwertes, hat bis zum Frühjahr ebenfalls mitgeheizt: Geld zur Kreditaufnahme floß billiger und reichlicher als in den vorangegangenen Jahren, da Disziplin noch die eiserne Regel war.

„Angesichts dieser Welle entsteht leicht der Eindruck, das Wasser stehe noch im See“, warnte in Schillerscher Öko-Metaphorik zu Beginn des Jahres Norbert Walter vom Kieler Institut für Weltwirtschaft. „Aber der Welle folgt das Tal.“

Schließlich hat auch der „Warenproduzent“ Staat gestündigt: Die Fernsehgebühren stiegen im letzten Jahr um 23,4 Prozent, das Briefporto um 20 Prozent, der Krankenhausaufenthalt um 8,4 Prozent. Daß sich auch der Staat mitschuldig gemacht hat, wird selbst von Finanzminister Matthöfer nicht bestritten. Er schreibt der Mehrwertsteuererhöhung vom 1. Juli einen Inflationseffekt von 0,7 Prozent zu. Sind wir verdammte, mit der Inflation zu leben?

Daß die Inflation ein unwiderrufbarer Schicksalsschlag des Sommers 1979 sei, meinte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff: „Ungeschoren wird niemand davonkommen. Die Arbeitnehmer müssen einsehen, daß sie die durch die Ölpreiserhöhungen bedingte Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht einfach ausgeglichen bekommen können.“ Auch für die andere Seite hat Lambsdorff Ratschläge zur Hand: „Die Unternehmen sind zu äußerster Zurückhaltung bei ihrer Preisgestaltung aufgerufen.“

Tatsache ist: Seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist das allgemeine Preisniveau noch nirgendwo gesunken. Damit unterscheidet sich die moderne Inflation gravierend von den „Teuerungen“ vergangener Jahrhunderte. Zwar sind die historischen Wirtschaftsstatistiken nicht gerade zuverlässig, sie zeigen aber dennoch an, daß Preisschübe selten länger als drei Jahre andauerten und dann wieder in einen Preisverfall einmündeten. Sowohl im 18. als auch im 19. Jahrhundert gab es mehr Jahre mit sinkenden Preisen als Jahre der Teuerung.

Jenseits von Ölshock und Rohstoffverteuerungen ist die Erklärung im weltweiten Triumph der „Keynesianischen Revolution“ zu suchen. Ihr Sieg in den Kanzleien und Zentralbanken der Industriestaaten hat eine Wirtschaftspolitik gezeugt, die einem „ewigen Krieg“ gleicht: Im Krieg übersteigt die Nachfrage nach Rohstoffen und Arbeitskräften ständig das Angebot. Das unantastbare Gebot der Vollbeschäftigung hat eine ähnliche Wirkung, weil die Nachfrage im Dienste des sozialen Friedens immer auf Hochturen bleiben muß.

Der Stand der Stabilitätsstrategen dagegen wird immer schwächer, zumal die wahrhaft kompromißlosen und ehemals einflußreichen Feinde der Geldentwertung mit der Zeit aussterben — es waren jene von Karl Marx und Marcel Proust karikierten *Rentiers*, die von den Erträgen ihrer Rentenpapiere lebten und sich bei Gelegenheit eines Austernessens zur „sensiblen Komposition“ ihrer *Portefeuilles* gratulierten — krisenfest und glamourös. Zu solchen „seufzenden Bourgeois“ (Marx) gehörte zum Beispiel der reiche Gründer der ersten kommunistischen Partei Englands, Hyndman, ein begnadeter Goldspekulant.

Die modernen „Rentiers“ verdienen in der Regel den größten Teil ihres Lebensunterhalts als Angestellte oder Arbeiter. Sie sind vor allem daran interessiert, daß ihr Einkommen steigt; der Zins — und sein Abstand zur Inflationsrate — sind halb so wichtig. Sie sind keine bedingungslosen Apostel der Geldwertstabilität. Und ihre

Gewerkschaften werden nicht zögern, einen Inflationsausgleich zu fordern.

Auch Millionen deutscher Beamter können sich darauf verlassen, daß der Bundestag sie nicht unter den Folgen der Geldentwertung leiden läßt — genauso wie die Rentner: Ihr Ruhegeld ist gekoppelt an die Entwicklung der Löhne, und die steigen mit der Inflationsrate.

So trifft denn die Inflation zuerst und am stärksten die zwei Millionen freiberuflich Tätigen, die Rechtsanwälte, selbständigen Unternehmer, die Journalisten oder Ärzte. Sie müssen ihre eigene Altersversorgung aufbauen; ihre „Rente“ ist nicht an den allgemeinen Preisauftrieb gebunden. Inflation bedeutet für sie einen sinkenden Lebensstandard im Alter. Doch ihnen steht das gigantische Heer der 20 Millionen Arbeitnehmer gegenüber, deren Interesse vornehmlich der Sicherung des Arbeitsplatzes gilt. Ihre Stimme aber zählt — und so prägte der damalige Bundesfinanzminister Helmut Schmidt einst den Wahlkampfsatz: „Fünf Prozent Inflation sind besser als fünf Prozent Arbeitslosigkeit.“

### Inflation wie in Bananenrepubliken

Für Politiker, die lediglich den nächsten Wahltermin im Auge haben, mag das zwar eine beruhigende Vorstellung sein, die weltweite Inflation gibt aber dennoch Anlaß zur Sorge: Mit jedem Auf und Ab der Konjunktur hat sich seit Kriegsende die Teuerung immer weiter hochgeschaukelt. Nur die Preissteigerung in der Bundesrepublik scheint im derzeitigen Aufschwung, glaubt man den Prognosen, von diesem Gesetz abzuweichen. Wirtschaftsaguren behaupten, daß der Auftrieb auch im nächsten Jahr vor der bisherigen Höchstmarke von 6,9 Prozent haltmachen wird. In den USA jedoch werden mit jedem neuen Aufschwung neue Inflationsrekorde aufgestellt. Wenn es nicht gelingt, diese Entwicklung zu stoppen, könnten die Amerikaner in wenigen Jahren vor so exotischen Inflationsraten

E 334605

Quelle

Datum

stehen, wie sie heute nur in Bananerepubliken üblich sind.

Die Konjunktur mit den Waffen der Keynesianischen Revolution anzuheizen — mittels Steuererleichterungen, erhöhter Staatsausgaben oder Geldaufblähung — schafft in der Tat mehr Arbeitsplätze. Das belegen die amerikanischen Erfahrungen der letzten Jahre, aber auch der derzeitige Aufschwung in der Bundesrepublik.

Doch es ist ein Spiel mit dem Feuer. Auch die Wirtschaftsberater des angeschlagenen Präsidenten Carter wissen: Je später die Inflation gebremst wird, desto unabwendbarer wird die darauf folgende Rezession. Und in diesem Aufschwung schmelzen jene Arbeitsplätze wie Schnee in der Sonne, die zuvor mit dem Opfer der Geldwertstabilität geschaffen worden waren.

Jimmy Carter, einst mit der edlen Absicht angetreten, die amerikanische Arbeitslosigkeit endgültig zu besiegen, stünde dann ausgerechnet im Wahljahr 1980 vor den Scherben seiner Wirtschaftspolitik. Das Weiße Haus kündete denn auch in diesen Tagen eine neue „konzertierte Aktion“ gegen die Inflation an. Sie soll Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber neuerlich auf Carters Preis- und Lohnrichtlinien einschwören. Carter steckt in einem fürchterlichen Zugzwang, denn nun verstärkt sich auch zu Hause (und nicht nur bei Amerikas Verbündeten) das Gefühl, daß die bisherigen Abwehrmaßnahmen weder die Inflation noch den permanenten Niedergang des Dollars auf den internationalen Devisenmärkten aufhalten konnten.

Auch in Amerika setzt sich mittlerweile die schmerzliche Einsicht durch, daß Inflation nur kurzfristig Genuß ohne Reue verschafft.

Die permanente Inflation aber bleibt nur erträglich, solange die „Geldillusion“ — der Glaube, daß die Mark wirklich eine Mark wert ist — erhalten bleibt. Wird erst jedermann klar, daß sein Geld in kurzer Zeit an Wert verliert, versucht er durch möglichst schnellen Kauf der Inflation ein Schnippchen zu schlagen: Der Preisanstieg beschleunigt sich selbst, das Wirtschaftsgefüge droht aus den Fugen zu geraten.

Diese Schwelle ist in jedem Land verschieden. Der Finanzwissenschaftler Fritz Neumark sieht für die Bundesrepublik die Gefahrenzone bei einer Inflationsrate von acht Prozent. Und davon sind wir nur noch weniger als drei Prozentpunkte entfernt.

Autoren dieses Dossiers: Richard Gaul, Josef Joffe, Michael Naumann und Jes Rau. 33

E 334606